

## Koalition

## Müntefering geht auf Grüne zu

**BERLIN (afp) - SPD-Chef Franz Müntefering hat sich nach den Meinungsverschiedenheiten mit den Grünen vom Wochenende bemüht, die Wogen zu glätten. Er betonte, Rot-Grün habe für die zurückliegenden sieben Jahre eine gute Bilanz aufzuweisen und es sei sein Ziel, dieses Bündnis auch nach der Bundestagswahl fortzusetzen.**

Müntefering schränkte jedoch seine Aussage ein: Es sei „eine Frage der politischen Vernunft“, dass beide Parteien getrennt voneinander ihren Wahlkampf machen. So könnten beide besser „ihr Spektrum ausschöpfen“. Insofern seien nur rot-grüne „Sentimentalitäten“ aus dem Wahlkampf herausgenommen worden. „Es tut uns beiden gut, wenn wir unsere eigene Position sehr präzise beschreiben“, sagte der SPD-Chef.

Müntefering war am Wochenende besonders im Bereich der Bio- und Gentechnik auf deutliche Distanz zu den Grünen gegangen. Dies hatte wiederum scharfe Reaktionen von Grünen-Politikern ausgelöst. „Wenn die SPD rot-grüne Auseinandersetzung haben will, kann sie sie haben“, hatte Grünen-Parlamentsgeschäftsführer Volker Beck erklärt.

## Kurz berichtet

## Verbraucherschützer klagen

**BERLIN (afp) - Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) hat die schwarz-gelben Pläne zur Auflösung des Verbraucherminderministeriums kritisiert. „Wir halten das für verfehlt“, erklärte vzbv-Vorstand Edda Müller gestern in Berlin. „Was wir brauchen im Kabinett ist eine Stimme für die Verbraucher.“**

## Dörfer stärker fördern

**BERLIN (dpa) - Das große Entwicklungspotenzial kleiner Kommunen für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird nach Ansicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes nicht genügend genutzt. „Die Politik konzentriert sich zu sehr auf die Metropolen“, kritisierte Präsidentschaftsmitglied Gerd Landsberg gestern in Berlin. Fast 70 Prozent der Deutschen leben nach Angaben des Verbandes außerhalb von Großstädten.**

## Soldaten werden angeklagt

**MÜNSTER (afp) - Im Skandal um die Misshandlung von Bundeswehrosoldaten in einer Kaserne im nordrhein-westfälischen Coesfeld hat die Staatsanwaltschaft Münster jetzt Anklage gegen den Kompaniechef und 17 seiner Untergebenen erhoben. Die Bundeswehrausbilder sollen unter Billigung des Kompaniechefs ihre Rekruten auf vier Marschübungen unter anderem mit Stromstöben und Fußtritt malträtieren haben.**

## Ministerien will Familien helfen

**KÖLN (ddp) - Bei einem möglichen Bundestagswahlsieg will die Union verstärkt auf Familienförderung setzen. Die bayrische Sozialministerin Christa Stevens (CSU) schlug vor, die Pflege- und Rentenversicherung auf drei Generationen auszurichten und einen Kinderbonus einzuführen. Im Rahmen einer Steuerreform sollte pro Kopf ein Freibetrag von 8000 Euro eingeführt werden, damit Familien deutlich weniger oder auch gar keine Steuern zahlen müssten.**

## CDU setzt auf Mittelschicht

**BERLIN (afp) - Die Union will die Mittelschicht wieder stärker ins Zentrum der Politik rücken. Die Mittelklasse aus Facharbeitern, Selbstständigen, Akademikern oder kleinen Unternehmern sei „ein bisschen aus dem Blickfeld geraten“, sagte CDU-Chefin Angela Merkel gestern in Berlin. Diese Menschen hätten oft den Eindruck, „dass man ihnen Knüppel zwischen die Beine wirft“.**

## Deutsche rechnen mit Kürzung

**LEIPZIG (ddp) - Nüchternere Einsichten prägen die Erwartungen der Deutschen an eine Unionsgeführte Bundesregierung. So rechnen 82 Prozent der Westdeutschen und 77 Prozent der Ostdeutschen mit sozialen Einschnitten, ergab eine Umfrage des Instituts für Marktforschung Leipzig unter 1001 repräsentativ ausgewählten Erwachsenen.**

## Rice fordert Meinungsfreiheit

**KAIRO (dpa) - US-Außenministerin Condoleezza Rice hat politische Reformen in Ägypten und anderen Teilen der arabischen Welt angemahnt. Bei ihrem ersten Besuch in Ägypten verlangte die US-Außenministerin gestern Chancengleichheit für die Oppositionskandidaten bei den im Herbst anstehenden ägyptischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.**

## Thema des Tages: Zwischen Krieg und Frieden

## Noch immer leiden Kinder im Südsudan

*RUMBEK - Während in Darfur weiter gekämpft wird, haben der Norden und der Süden des Sudan auf dem Papier miteinander Frieden geschlossen. Die Umsetzung des Friedensvertrages ist eine schwierige Aufgabe, wie Klaus Stieglitz von der Menschenrechts- und Hilfsorganisation Hoffnungszeichen aus eigener Erfahrung weiß. Er hat den Südsudan bereist.*

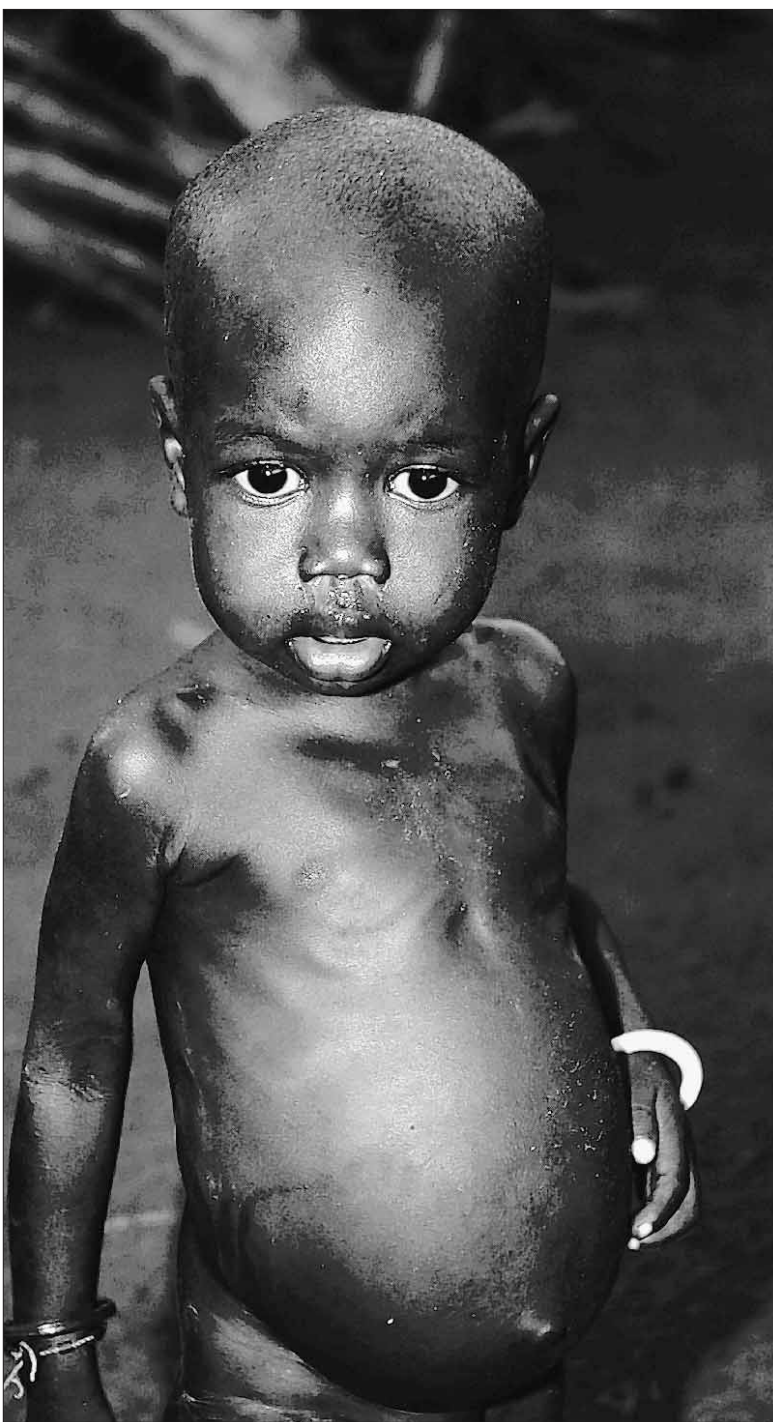
## Von unserem Mitarbeiter Klaus Stieglitz

Es war ein blutiger, es war ein langer Krieg, der mit dem Friedensabkommen vom 9. Januar 2005 ein wenigstens vorläufiges Ende genommen hat. Es war ein Krieg der Kriegsfürsten, ein Krieg, bei dem selbst Beobachter mit geschärftem Blick am Ende nicht mehr sagen konnten, wozu es wirklich ging. Es war ein Bürgerkrieg im eigenen Land, gegen die eigene Zivilbevölkerung. Ein Krieg, der Krankenhäuser und Schulen zerstörte, der Kinder zu Waisen machte, der mehr als zwei Millionen Menschen das Letzte genommen hat, was ihnen geblieben war: ihr Leben.

Es war ein schmutziger und zugleich einfacher Krieg. Bomben wurden aus der Ladeluke von klapprigen Transportflugzeugen gerollt. Zum Töten brauchte man im Sudan keine High-Tech-Bomber. Kalaschnikow-Gewehre, mit ihren runden Patronenmagazinen, trugen die Männer im Sudan über Jahrzehnte so selbstverständlich mit sich herum, wie man hierzulande Mobil-Telefone in der Tasche hat.

Es war der längste Krieg im größten Land Afrikas. 1955 war er ausgebrochen, von 1972 bis 1983 kurz unterbrochen, um dann mit noch größerer Intensität weiterzugehen. Seit 1983 haben die Truppen der arabisch-islamistischen Zentralregierung und die schwarzafrikanischen Rebellen der SPLA unter ihrem Führer John Garang die Waffen wieder sprechen lassen. Alle Konfliktparteien sind für schwerste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.

Es ging den Kriegsfürsten um Macht, um die Kontrolle über Rohstoffe. Das Erdöl im Sudan wird zurzeit genau in der Übergangzone zwischen dem Norden und dem Süden des Landes ausgebeutet, ein Umstand, der den Friedensschluss so sehr



Ein Kind im Südsudan: Der Friedensschluss hat den Menschen zwar Hoffnung gemacht. Doch nach wie vor sterben viele Kinder an Krankheiten und Mangelernährung. Durchfall kann ein Todesurteil sein. Foto: Stieglitz

erschwert hat. Bis zuletzt wurde um Förderquoten und um Landzipfel ge-fechelt.

„Ja, es ist Frieden, jetzt müssen wir nicht mehr vor den Soldaten weglaufen“, ist ein Satz, der in diesen Ta-

gen im Sudan oft zu hören war. Die Hoffnung der Menschen im Sudan muss genährt werden. Die Menschen müssen sehen, dass der Friede ihnen auch das tägliche Überleben ermöglicht, dass der Friede sie vom tägli-

chen Hungerschmerz befreit. Nur so können sie Vertrauen in die Dauer und Festigkeit des Friedens finden, nur so können sie sich den früher verhassten Kriegsfeinden im Geist des Friedens zuwenden.

Humanitäre Hilfe ist in dieser Zeit mehr denn je Friedensarbeit. Der Frieden braucht aber auch die Umsetzung des Friedensabkommens. Die vielen Milizen der vielen Warlords – einige von ihnen haben in den vergangenen Jahrzehnten munter mehrmals die Seiten gewechselt – müssen bis zum 9. Januar 2006 entweder in die Dienste der Khartoumer Regierung oder in die Dienste der SPLA eingegliedert werden.

## Ein ehrgeiziges Ziel

Das ist ein ehrgeiziges Ziel, denn die Milizen treiben immer noch ihr Unwesen, wie die Menschenrechts- und Hilfsorganisation Hoffnungszeichen aus Singen (Hegau) kürzlich vor Ort nachweisen konnte: Im Großraum um die Stadt Malakal erheben die Milizionäre des Gabriel Tanginya übertriebene und unrechtmäßige Steuern zur persönlichen Bereicherung und halten viele Zivilisten in dem von ihnen kontrollierten Gebiet fest. Diesen Milizionären muss das Handwerk gelegt werden, sie sind eine Bedrohung für den Frieden, denn sie fühlen sich vom Friedensvertrag allem Anschein nach nicht in die Pflicht genommen.

Wichtig ist es auch, dass die Umsetzung der Bestimmungen des Friedensvertrages international überwacht wird. Die Vereinten Nationen entsenden auf Grundlage der Sicherheitsratsresolution 1590 eine Blauhelmschutztruppe von 10 000 Soldaten in den Südsudan. Wie der Bundestag am 22. April beschlossen hat, sollen an dem UNMIS-Einsatz auch 75 Soldaten der Bundeswehr teilnehmen.

**i** Klaus Stieglitz, Jahrgang 1969, ist seit 1997 Menschenrechtsbeauftragter der überkonfessionellen Menschenrechts- und Hilfsorganisation Hoffnungszeichen (Sign of Hope) in Singen. Seit 1997 bereist er jährlich den Sudan, „um den Menschen dort zuzuhören, um mit ihnen ein kleines Stück des Weges gemeinsam zu gehen“, wie der Politikwissenschaftler selbst sagt. Hoffnungszeichen hat bei den Vereinten Nationen Beraterstatus.

schutzlos gegen die Kühle der Nacht. Harnwegsinfektionen sind weit verbreitet, ebenso wie Tbc und Lepra.

In Old Fangak muss ein Mensch mit einer Blinddarmentzündung in ein Krankenhaus gehen, das 120 Kilometer weit entfernt ist. Drei Tage dauert der Marsch durch Sümpfe, über die trockendornige Savanne. Unter der gleißenden Sonne. 45 Grad im Schatten, 60 in der Sonne. Drei Kühe kostet die Operation. Zwei Kühe für den Eingriff, eine für die Medikamente, ein ganzes Vermögen für das Leben.

Klaus Stieglitz

## Zur Person

## Tina Theune-Meyer: Frauenbeauftragte

Sie lebt in einem umgebauten Wasserturm in Frechen bei Köln. 55 Quadratmeter, mit Blick auf die Kölner Bucht. Hier zieht sie sich zurück – wenn sie mal da ist. „Die Hälfte des Jahres schlafe ich nicht zu Hause, weil ich für den Deutschen Fußball-Bund unterwegs bin“, sagt Tina Theune-Meyer, die seit 1996 Trainerin der Frauenfußball-Nationalmannschaft ist und bald den Posten Silvia Neid überlassen wird. In die Ära der 51-Jährigen als Cheftrainerin fallen die Europameister-Titel 1997, 2001 und 2005 sowie der WM-Gewinn 2003. Die Frau mit dem frechen Igelhaarschnitt hat dem Frauenfußball zu Ansehen verholfen. „Ich lege Wert auf attraktiven Fußball, der auf Technik, Schnelligkeit und Effizienz beruht“, erklärt Theune-Meyer ihre Philosophie.

So zurückhaltend und moderat sie auftritt, so kompromisslos trifft sie ihre Entscheidungen – frag’ mal bei verdienstvollen Nationalspielerinnen wie Heidi Mohr und Martina Voss. Fünf Monate vor Olympia in Sydney wurde Voss nach 125 Länderspielen aus der Nationalelf geworfen. „Es gab erhebliche Differenzen zwischen Martina und mir“, begründete Theune-Meyer ihre Entscheidung knapp. Der Fußball duldet keine Sentimentalitäten. Ob sie von den Kollegen des Trainer-Lehrgangs gelernt hat? Zusammen mit den Machos Hermann Gerland, Winfried Schäfer und Hannes Bongartz hatte sie die Fußballlehrer-Lizenz des DFB erworben – als erste Frau in der Männergesellschaft.

Schon Ende der 50-er Jahre war sie mit dem Fußball in Berührung gekommen. Der deutsche WM-Sieg 1954 prägte sie. „Die Reportage von Herbert Zimmermann gehörte in meinem Elternhaus zum täglichen Sprachgebrauch. ‚Toni, du bist ein Fußballgott‘ – solche Sätze hatte ich stets im Ohr“, erinnert sich die Pfarrerstochter. 13 Jahre lang spielte sie für GW Brauweiler. Weil sie als Diplom-Sportlehrerin keine Anstellung fand, konzentrierte sie sich auf den Fußball und erhielt als erste Frau einen Cheftrainer-Posten beim DFB. Präsident Theo Zwanziger hat noch große Pläne mit der Frauenbeauftragten: „Wir verlieren eine große Trainerin, aber gewinnen eine großartige Frau für den DFB. Sie wird die Entwicklung des Frauen- und Mädchenfußballs vorantreiben. Ich will den Anteil der Mädchen im DFB bis 2009/10 verdoppeln.“ Und Tina Theune-Meyer wird weiterhin nur die Hälfte des Jahres in ihrem Wasserturm verbringen. Alfred Moosmann



Trainerin Theune-Meyer hat ihre Mannschaft zum EM-Titel im Frauenfußball geführt. Foto: ddp

## Durchfall reicht zum Sterben aus

RUMBEK - Im Südsudan sind keine Trümmerhaufen zu finden, denn Trümmer gibt es dort nicht mehr. Man steht vor dem Nichts: Die Buschpisten verwandeln sich in der Regenzeit in Schlammrinnen und sind unpassierbar für Autos und Lkw. Der Bischof der katholischen Diözese von Rumbek, Caesar Mazzolari, schätzt die Analphabetenrate unter Frauen im Südsudan auf 97 Prozent. Unter den Männern können 83 Prozent weder lesen noch schreiben. Sauberes Trinkwasser ist in weiten Teilen des Südens Mangelware. Ein Abwassersystem gibt es

nicht. So stinkt es in vielen Dörfern nach menschlichen Exkrementen. Der Kot ist Brutstätte für Krankheiten.

Der Südsudan ist ein Landstrich, in dem man an Durchfall stirbt, weil die meisten einfachen Menschen im Busch nicht die Möglichkeit haben, an ein Medikament zu kommen, das vielleicht nur ein paar Cent kosten würde. Sie verlieren schnell Flüssigkeit, trinken Wasser aus Dreckschöpfen nach, verlieren noch mehr Flüssigkeit. Solange, bis sie nach wenigen Tagen ausgetrocknet sind. Bis der Körper schließlich aufgibt.

Die bedeutendste Todesursache unter Kleinkindern ist blutiger Durchfall. Auch Malaria ist eine weit verbreitete Todesursache. Es gibt zu wenige Moskitonetze, die vor den Stichen der krankheitsübertragenden Stechmücken schützen. Gerade in der Regenzeit fallen diese Mücken in Schwärmen regelrecht über die Menschen her. Es gibt zu wenige Tabletten, um Malaria zu behandeln. Es gibt zu wenig Kleidung. Menschen schlafen auf dem Boden – nackt oder mit einem Fetzen Stoff bedeckt. Schutzlos gegen den Regen in der Regenzeit,

Klaus Stieglitz

## Wahlmanifest

## Die „Millionärssteuer“ spukt durch SPD-Reihen

*BERLIN - In einer ersten Runde hat das SPD-Präsidium am Wahlmanifest der Sozialdemokraten gefeilt. Es wird ein Balanceakt zwischen Agenda 2010 und „Millionärssteuer“.*

## Von unserem Korrespondenten Christoph Slangen

Franz Müntefering zieht ein Poker-Gesicht und bleibt unverbindlich und vage. Millionärssteuer? Keine Rede sei davon im SPD-Präsidium gewesen. Aber vorgeschlagen hätten sie natürlich bereits einige für das Wahlmanifest. „Die warten da auf eine Antwort, die ich ihnen noch nicht geben kann.“

Der SPD-Chef hat sich im Präsidium der Partei zwar erstmals ein wenig in die Karten schauen lassen, was das Wahlmanifest betrifft, an dem er und Gerhard Schröder basteln. Doch wie der Balance-Akt zwischen Agenda 2010 und dem Drängen der Partei nach sozialer Profilierung konkret aussehen wird, verbirgt „Münte“ noch. Am Sonntag soll das Präsidium dann erstmals schriftlich das Papier er-



SPD-Chef Müntefering wartet auf den Beginn der Sitzung des SPD-Präsidiums im Berliner Willy-Brandt-Haus. Konkretes zum Wahlprogramm wurde offenbar während des Treffens nicht beschlossen. Foto: ddp

halten. Etwa 25 bis 30 Seiten lang soll das Manifest werden, sich mit der Zeit vor Rot-Grün, der „Gegenwart“ – also der rot-grünen Regierungszeit – und schließlich mit dem Zeitraum bis zum

Jahr 2010 befassen. Es würden Ziele formuliert und Maßnahmen zu deren Erreichung beschrieben, heißt es aus dem Präsidium. Ein Hauptthema gestern: Die Be-

treuung der unter Drei-Jährigen, die Frage, ab wann ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz eingeräumt werden kann, und ob und wie Gebührenfreiheit erreicht werden kann, gehören zu den „weichen“ Themen, mit denen die Sozialdemokraten punkten wollen. Familienministerin Renate Schmidts Plan eines Elterngeldes, das ein Jahr lang abhängig vom Einkommen gezahlt werden soll, haben die Linken in der Sitzung offenbar akzeptiert.

## Extrempositionen

In der Steuerfrage verlaufen die Extrempositionen zwischen Mehrwertsteuer und Millionärssteuer. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um vier Punkte, die die Regierung angeblich bereits fest plant, dementierte Finanzminister Hans Eichel gestern noch einmal vehement: „Mit mir nicht.“ SPD-Parteivize Kurt Beck wiederum sagte zur Millionärssteuer: „Das ist nicht meine Wortwahl.“ Über beide, bestätigten Teilnehmer übereinstimmend, sei in der Sitzung nicht gesprochen worden.

## SZ-Stichwort

## Das Steuerprogramm der FDP

Die FDP hat gestern ein eigenes Steuerkonzept für die Zeit nach einem möglichen Wahlsieg von Schwarz-Gelb vorgelegt. Das Nettoentlastungsvolumen wird auf 17 bis 19 Milliarden Euro beziffert. Die FDP will rund 12,5 Milliarden Euro im Bundeshaushalt einsparen. Zu den Plänen gehört ein Abbau von Subventionen und Finanzhilfen sowie Kürzungen bei den Zuwendungen und den Verwaltungsausgaben. Die Abschaffung der Eigenheimzulage kalkuliert die FDP im ersten Jahr mit Ersparnissen von 223 Millionen Euro ein, im achten Jahr sollen bis zu 5,9 Milliarden Euro eingespart werden. Von der Einführung einer Zinsabgeltungssteuer erwartet die FDP 2,4 Milliarden Euro. Die FDP fordert auch eine Reform der Umsatzsteuer durch den Übergang von der Soll- auf die Ist-Besteuerung. Zudem soll Steuerhinterziehung besser bekämpft werden. Hier kalkuliert die FDP mit Mehreinnahmen von zwei bis drei Milliarden Euro. Außerdem soll der Etat der Bundesagentur für Arbeit von 58 Milliarden Euro für 2005 drastisch gekürzt werden. (ddp)